

# Fracking

## NRW stoppt umstrittene Erdgas-Bohrungen

22.11.2011 | 14:08 Uhr

**Berlin.** Mit dem gemeinsamen Erlass ziehen Wirtschaftsminister Voigtsberger (SPD) und Umweltminister Rammel (Grüne) im Streit um die Erdgassuche in NRW die Notbremse. Probebohrungen sollten erst wieder genehmigt werden, wenn ein Gutachten des Landes über die Risiken des Frackings vorliegt.

Die Erdgassuche in NRW ist vorerst gestoppt. Per Ministererlass verhängte die Landesregierung strenge Auflagen für Öl- und Gasfirmen. Diese müssen nun schriftlich garantieren, bei der Erkundung und bei späteren Bohrungen auf die umstrittene Fördermethode Fracking zu verzichten. Dabei kommen giftige Chemikalien zum Einsatz. Eine solche Verzichtsgarantie aber würde die Pläne von Firmen wie ExxonMobil oder der BASF-Tochter Wintershall unrentabel machen, so Experten.

Mit dem gemeinsamen Erlass an die Bergbehörde in Arnsberg ziehen Wirtschaftsminister Voigtsberger (SPD) und Umweltminister Rammel (Grüne) im Streit mit den Gasfirmen die Notbremse. In NRW galt bislang de facto ein Moratorium. Probebohrungen sollten erst wieder genehmigt werden, wenn ein Gutachten des Landes über die Risiken des Frackings vorliegt.

### Gasbohrung mit Chancen und Risiken

In sechs Bundesländern sollten in großem Stil bislang unberührte Erdgas-Vorkommen gefördert werden, einer der Schwerpunkte liegt in NRW. Hier haben sich Firmen wie ExxonMobil oder die BASF-Tochter Wintershall Lizenzen zur Aufsuchung gesichert.

20 Felder sind genehmigt worden. Sie umfassen etwa die Hälfte des Landes, ziehen sich vom Niederrhein zum Ruhrgebiet bis nach Westfalen. Dabei überlagern sie die Schutzgebiete der Wasserwerke im Münsterland und an der Ruhr, die Millionen Menschen mit Trinkwasser versorgen. Gefördert werden soll das Gas mit der umstrittenen Fracking-Methode, bei der ein Gemisch aus Wasser, Sand und teils giftigen Chemikalien in den Boden gepresst wird, um das Gestein aufzusprengen und das Gas freizusetzen. Anwohner und Wasserversorger laufen dagegen Sturm. Gestern stritten Experten im Bundestag.

Jürgen Polzin